



Internationale Governance für eine umweltgerechte Rohstoffversorgung (FKZ 3716 32 103 0)

Bewertung des nationalen, europäischen und internationalen Rechtsrahmens im Hinblick auf Umwelt- und Sozialstandards beim Rohstoffabbau und Erarbeitung von Handlungsoptionen

Für Mensch & Umwelt

Umwelt 
Bundesamt

Hintergrund

Der Abbau von Rohstoffen hat oft erhebliche Folgen für die Umwelt. Dies betrifft nicht nur das Gewinnen von Rohstoffen, sondern auch das Aufbereiten, den Transport und die Weiterverarbeitung. Zu den häufigsten Umweltfolgen gehören die Verschmutzung von Wasserressourcen und Böden, die Beeinträchtigung der Flora und Fauna oder die langfristige Beanspruchung von Land, insbesondere im Tagebaubergbau, das nach Beendigung des Abbaus häufig nie mehr den ursprünglichen Zustand erreicht. Oft führt die Rohstoffgewinnung auch zu sozialen Folgewirkungen, z.B. für die ansässige Bevölkerung. Diese Risiken werden verstärkt durch eine steigende weltweite Nachfrage.

Die Durchsetzung von Umweltstandards in den weniger entwickelten Abbauländern ist meist nicht ausreichend. Gleichzeitig treten die Folgen des Abbaus nicht dort auf, wo Rohstoffe genutzt werden, da sie meist exportiert werden. Die rohstoffimportierenden Staaten und damit auch Deutschland als einer der größten Importeure von Industriemetallen stehen also in einer besonderen Verantwortung.

Um den Rohstoffabbau weltweit umweltgerechter zu gestalten, bedarf es deshalb internationaler Lösungsansätze. Es gibt jedoch noch kein umfassendes Völkerrecht speziell zum Rohstoffabbau bzw. diesbezüglichen Umwelt- und Sozialstandards. Bestehende völkerrechtliche Verträge betreffen nur Teilaspekte des Bergbaus, sind lückenhaft oder begründen nur vage Pflichten für Staaten.

Die deutsche Rohstoffstrategie von 2010 unterstreicht, dass eine sichere, nachhaltige und möglichst transparente Rohstoffversorgung nur durch internationale Zusammenarbeit erreicht werden kann. Die Bundesregierung hat sich auch bereits im Rahmen der G7/8 und G20 dafür eingesetzt, das Thema auf die internationale Agenda zu bringen.

Ziele & Inhalte des Projekts

Das Forschungsvorhaben soll geeignete Governance-Instrumente untersuchen und weiterentwickeln, mit denen globale Standards für den umwelt- und sozialverträglichen Rohstoffabbau gefördert, etabliert und durchgesetzt werden können. Das Projektteam analysiert, wie das Völkerrecht und andere nicht verbindliche internationale Instrumente zur Förderung des umweltgerechten Abbaus von abiotischen Rohstoffen genutzt werden können. Dies erfolgt anhand bestimmter Analyse- und Bewertungskriterien, Fallbeispielen sowie der Untersuchung von Umsetzungsberichten aus ausgewählten Ländern.

Vorgehen

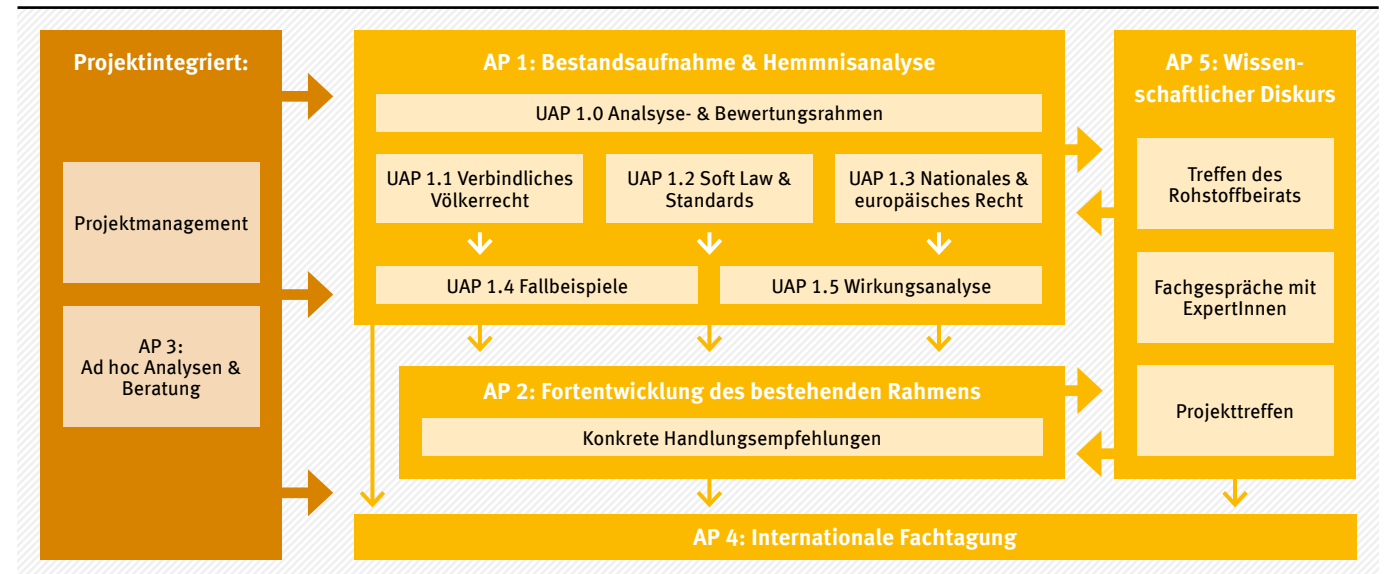
- ▶ Bestandsaufnahme und Bewertung der bestehenden Völkerrechtsnormen, Soft Law-Instrumente sowie deutschen und europäischen Maßnahmen mit extraterritorialer Wirkung in Hinblick auf den Abbau von abiotischen Rohstoffen
- ▶ Konkrete Handlungsoptionen und -empfehlungen

Meilensteine des Projekts

Voraussichtliche Daten	
09/2016	Projektbeginn
09/2017	Projekt-Zwischenbericht I (AP 1)
10/2017	Fachgespräch I
06/2018	Projekt-Zwischenbericht II (AP 2)
07/2018	Fachgespräch II
10/2018	Abschlusskonferenz
02/2019	Abschlussbericht

Quelle: Umweltbundesamt

Projektstruktur

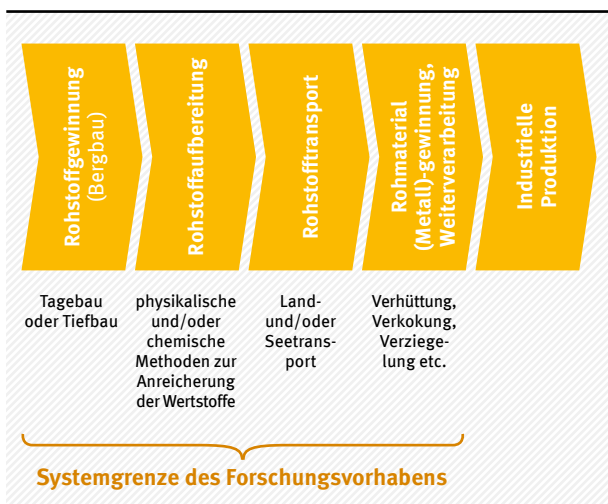


Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes – kurzer Überblick

Das Forschungsvorhaben soll geeignete Governance-Instrumente untersuchen und weiterentwickeln, mit denen globale Standards für den umweltverträglichen Rohstoffabbau gefördert, etabliert und durchgesetzt werden können.

Es analysiert, wie man das Völkerrecht und andere internationale Kooperations- und Politikinstrumente zur Förderung des umweltgerechten Abbaus von abiotischen Rohstoffen besser nutzen kann. Zum Vorhaben gehören auch Ad hoc-Analysen und kurzfristige Beratungsleistungen sowie die Durchführung von zwei Fachgesprächen und einer internationalen Fachtagung.

Gegenstand der Studie sind abiotische Rohstoffe (Metalle bzw. Erze, sonstige mineralische Rohstoffe, fossile Rohstoffe) und deren Gewinnung, Aufbereitung, Transport und Weiterverarbeitung.



Ziel der Untersuchung sind Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung, wie eine internationale Governance und das Völkerrecht für die Förderung von Umwelt- und Sozialstandards in der Rohstoffversorgung besser genutzt werden können.

Projektteam & Ansprechpartner/innen

Ecologic Institut gemeinnützige GmbH (Projektleitung)

Dr. Ralph Bodle
Ralph.Bodle@ecologic.eu

Öko-Institut e.V.

Andreas Hermann
a.hermann@oeko.de

Projekt-Consult


Moritz Lörcher
moritz.loercher@gfa-group.de

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Postfach 14 06
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
info@umweltbundesamt.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

Ansprechpartner:

Oliver Weber
Tel: +49 (0) 340 2103 2340
oliver.weber@uba.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

Bildquellen:

Fotolia / Andreas Fanke

Stand: November 2016

► Publikationen als pdf:

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen>